



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/174 - 30.7.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Die Psychologie der deutschen Schuman-Plan-Politik	S. 1
Franco-Spanien aus der US-Perspektive	S. 3
Landesertreffen mit politischem Akzent	S. 4

Verdächtige Opferbereitschaft

W.T. Jeder Versuch der Zentralisation auf innerpolitischem Gebiet wurde bisher von föderalistischen Bedenken der Koalitionsparteien gehemmt. Fast alles, was die Regierung wirtschaftlich sanktionierte, war von Gesichtspunkten ganz privater Interessengruppen orientiert. - Nun, da es an die Ratifizierung des Montan-Vertrages geht, sind die Regierungsparteien plötzlich zu bemerkenswerten Souveränitätsverzichten und weitgreifenden wirtschaftlichen Opfern bereit, zur Hinnahme von undiskutablen vertraglichen Ausgangspositionen. Das ist eine Wandlung, die allem, was früher von den Regierungsparteien als Ansicht und Standpunkt vertreten wurde, jeden Sinn nimmt. Selbst dann, wenn man die Motivierung Dr. Adenauers als letzten Schluß seiner politischen Weisheit anerkennen will: Jene These von der großen Bedeutung dieses Vertragswerks als spontane und rückhaltslose Option für Europa.

Griffen die Sprecher der Regierung aber nur die massivsten der gegen den Schuman-Plan vorgebrachten Bedenken ernsthaft auf, so könnten sie den konkreten Zweifeln und sachlichen Einwänden selbst nicht enttrinnen und würden zu Verfechtern der Bedingungen, deren Erfüllung der Opposition die einzige Voraussetzung zur Ratifizierung zu sein scheint: Gleichheit der Ausgangspositionen, echte Chancen bei der Stimmverteilung und eine verantwortbare Abkommensfrist. Würden sie dann den kohlchungrigen Vortrags-

Partizipanten als Partner noch interessant sein? Nun, man sollte, den Verlautbarungen unserer Regierung nach, in diesem Falle auch auf der anderen Seite ideale Absichten und wahres Gemeinschaftsgefühl voraussetzen dürfen, a n d e r e n f a l l s wäre es kein Verlust, daraus die bittere Konsequenz zu ziehen.

Doch scheint Dr. Adenauer diesen "anderen Fall", und vielleicht auch die Art, in der die Alliierten darauf zu reagieren fähig wären, zu fürchten. Für ihn hatte Carlo Schmid gut raten, als er für besser und verantwortungsvoller hielt, eher die Belastungen dieses "anderen Falles" auf sich zu nehmen, als sich den ungleichen Chancen des Unionplanes zu unterwerfen. Carlo Schmid konnte für ihn leicht folgern, daß die Alliierten allen Anzeichen nach auf die Dauer nicht imstande waren, in "jencm anderen Falle" die ihnen zufallende Rolle durchzustehen. Denn Dr. Adenauer braucht die verigen

Wahlstatistiken nicht durchzusehen, um zu errechnen, daß er und seine Koalition einer solchen Belastung nicht gewachsen wären. Mit diesem außenpolitischen Bankrott hätte sie die letzte innerpolitische Chance vergeben.

Will man aber annehmen, daß auch Dr. Adenauer bis zu diesem Schluß gedacht hat, so kann es für ihn dem Schuman-Plan gegenüber keine Alternative geben. Das sei hier ohne Polemik und Häßlichkeit gesagt. Das Abtreten der Koalition wäre für den alten Herrn im Bundeskanzleramt das unwiderrufliche Ende seiner politischen Welt. Die böse Möglichkeit, daß er sich und den Seinen den Entschluß zu diesem Pakt durch viel weitgehendere Spekulationen erleichtert hat, erscheint aber weit gefährlicher. Um es ganz offen zu sagen: Soll man damit rechnen, daß Dr. Adenauer an die Verwirklichung des ratifizierten Planes im Ernste selbst nicht glaubt, sondern dahinter eine Wirklichkeit sieht, in der Europas Politik und Europas Wirtschaft von ganz anderen Gesetzen bestimmt und an ganz anderen Orten diktiert werden wird? Und daß alles, was von seiner Seite für dieses Vertragswerk geschah, ihm nur in bekannter Weise dazu dienen sollte, seiner Regierung zwischen den alliierten Ansprüchen und den Erwartungen des deutschen Volkes die Balance zu halten?

Es ist ein schlimmer Verdacht. Entschlüsse man sich, auf die oppositionellen Argumente in den nächsten Schuman-Plan-Debatten doch noch einzugehen, wäre er leicht zu zerstreuen.

Was verspricht sich Amerika von Franco ?

H.St., Washington, Ende Juli

Als Präsident Truman vor einigen Tagen den Stier bei den Hörnern packte und öffentlich zugab, daß "in der Spanienpolitik der amerikanischen Regierung eine Änderung eingetreten" sei, beseitigte er zwar etliche Zweifel, die allenthalben - im amerikanischen Volk wie bei den Völkern Westeuropas - aufgetaucht waren, aber diese Klarheit hat bei weitem nicht zu allgemeinem Aufatmen geführt. Im Gegenteil, neben zustimmenden Äußerungen liefen in Washington eine beachtliche Zahl Proteste ein, von den Regierungen Englands und Frankreichs bis zu zahlreichen Organisationen und Persönlichkeiten der "demokratischen Linken", die Truman bisher in allen außenpolitischen Fragen treu die Stange gehalten hatten, aber in der Allianz mit der Diktatur Francos ein unzulässiges Abweichen von allen demokratisch-freiheitlichen Prinzipien sahen.

Die Frage, was sich Amerika von der Allianz mit Spanien verspricht, läßt sich sehr eindeutig beantworten. Aus rein strategisch-militärischen Gründen ist es an spanischen Häfen und Militärstützpunkten in Europa und Afrika interessiert. Das amerikanische Verteidigungsministerium hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß zur Ergänzung des atlantischen Verteidigungssystems die Öffnung dieser Stützpunkte für transatlantische Nachschübe und dergleichen unumgänglich notwendig und auch nicht durch nahegelegene Häfen Frankreichs, Portugals oder Französisch-Marokkos zu ersetzen sei. Ob diese Argumentation stichhaltig ist oder nicht, kann der Außenstehende schwer beurteilen. Tatsache ist, daß sie allein in letzter Zeit so stark war, die bisherige Opposition des Staatsdepartements gegen ein Bündnis mit Spanien zu überwinden. Nun kommt freilich ein reguläres Bündnis mit Spanien vorläufig nicht in Frage - ebenso wie die Aufnahme Spaniens in den Atlantikpakt in keiner Weise zur Diskussion steht. Dagegen dürfte es bald zu einem zweiseitigen Abkommen zwischen den USA und Spanien kommen, auf Grund dessen die spanischen Häfen und Flugplätze den amerikanischen Streitkräften in Europa, sowie der amerikanischen Atlantik- und Mittelmeerflotte zur Verfügung gestellt, und als reguläre amerikanische Nachschubbasen organisiert werden. Die maßgeblichen Pentagonkreise geben sich dabei keinerlei Illusionen über Francos innenpolitisches Manöver in Richtung auf eine

legitimistisch-royalistische Staatsreform hin, in der ganz Washington nicht viel mehr als eine geschickte Fassadentünche sieht, die Francos Regime der freihheitlichen Welt etwas schmackhafter machen soll. Vergleichshalber wird noch hinzugefügt, daß man sich auch an Titos Jugoslawien angenähert habe, obwohl Tito im Prinzip nach wie vor Kommunist sei. Aber im Falle Tito wie im Falle Franco sei oben das militärische Moment entscheidend und idocile Bedenken hätten zurückzustehen.

Jedermann in Washington weiß, daß alle diese sachlichen Argumente in Westeuropa nicht gerade freudig aufgenommen worden sind und daß man in Europa, von allen ideologischen Fragen abgesehen, besorgt ist, Amerika werde die Pyrenäen als "Schutzwall" betrachten, hinter dem man notfalls den Zeitpunkt zum Gegenschlag abwarten könnte. Washington bemüht sich, nicht zuletzt durch den Hinweis auf Eisenhewers strategische Konzeption und gegenwärtige organisatorische Arbeit, diese Besorgnis zu zerstreuen - aber eine handgreifliche Mißstimmung ist geblieben. Dabei ist eine andere Frage noch ganz offen: Kein offizieller Sprecher hat bisher klipp und klar gesagt, was eigentlich Spanien als Gegenleistung bekommen soll. Man spricht von Militär- und Aufbaukrediten. Vielleicht wird sich Franco auch bloß mit einer Art Pachtgebühr für die Benutzung der Stützpunkte abfinden müssen - aber auch das wäre schon, vermehrt um die üblichen Alltagsausgaben des diesen Stützpunkten zugewiesenen amerikanischen Personals, ein anschnlicher Brocken für Francos überaus armselige Dollarbilanz.

+ + +

" Tag der Wehrmacht "

KHB. In geheimnisvoller Übereinstimmung haben eine ganze Reihe von Interessenverbänden ehemaliger Soldaten das vorige Wochenende zum Tagungstermin gemacht, und auf ihre Art - sie repräsentieren fast alle Truppenteile - eine frisierte Form des "Tags der Wehrmacht" wieder aufleben lassen. Afrikakämpfer tagten in Iserlohn, Generale und Admirale trafen sich in Bonn und konstituierten den "Bund deutscher Soldaten", am Wohnsitz des "Fortschritt" - Chefs und Führers der "Tatgemeinschaft freier Deutscher" in Hilden kamen weitere frühere Wehrmachtsoffiziere zusammen. Das größte Treffen starteten um ihren "Papa Ramcke" die Fallschirmjäger in Braunschweig. Auch sie, wie alle

die anderen Verbände unter dem Motto der Kameradenhilfe, des Such- und Hilfsdienstes - auch sie mit bedenklichem und bedauerlichem politischen Akzent.

Manchem früheren Landser, der wirklich nur nach Braunschweig gefahren war, um mit den Überlebenden seiner Kameraden ein Glas Bier zu trinken, dürfte diese Politisierung des Wiederschens nicht gepaßt haben. Schon das Hauptreferat des Fallschirmjäger-Oberstleutnants Otto Laun über "Wege und Ziele des Suchdienstes" war im wesentlichen die Verkündung eines wohlgedachten politischen Zweckprogramms. Ohne Zweifel ist Laun ein sehr ehrgeiziger Mann, dessen politische Heimat ganz bestimmt nicht der Liberalismus ist. Die Art und Weise jedenfalls, wie er mit ständig wiederkehrenden Appellen an das Gefühl "Stimmung" erzeugte, ließ darauf schließen, daß er nicht ohne politische Ambitionen ist.

Dagegenüber war der Tenor des Begrüßungsschreibens, das der wegen einer Kur am Erscheinen verhinderte Generaloberst a.D. Student geschickt hatte, ausgesprochen vorsichtig und nüchtern. Student war der Einzige, der auf dem Fallschirmjägertreffen die politische Führung der Vergangenheit kritisierte. Laun und der geistig stark von ihm abhängige und mit verständlichen Ressentiments geladene General a.D. Rancke dagegen beschränkten sich darauf, viele der - gewiß oft unrichtigen und ungerochten - Maßnahmen der Alliierten als "Kriegsverbrechen" zu geißeln. Auf einem solchen Treffen hätte es nahegelegen, die Dinge aus der Perspektive des schon viel zu sehr vorgeseenen Unheils zu sehen, vom Krieg aus, und sich zu erinnern wie es dazu kam. Davon jedoch bei Beiden kein Wort. Rancke, der sich seiner Rolle als Fallschirmparadepony, in die er von Laun geschickt hincinmanövriert wird, scheinbar nicht bewußt ist, wußte nur von dem "einzig riesigen Konzentrationslager, genannt Deutschland, in dem wir nach der Kapitulation alle waren!" Kein Wort über Auschwitz und Dachau, kein Wort über Buchenwald! Rancke aber sollte wissen, daß dem anständigen Soldaten, dessen Ehre nie beschmutzt werden kann, mit vom Haß verzerrten Tiraden ein schlechter Dienst erwiesen wird.

Man vermisse in Braunschweig ein klares Bekenntnis zur Demokratie. Mit der Forderung nach einem vereinten Europa ist es noch nicht getan. Auch Hitler wollte Europa "aus soldatischem Geist erneuern".

Leider war in Braunschweig manchmal ziemlich deutlich herauszuhören, daß man, was die Haltung zur demokratischen Staatsform angeht, mit dem Rechtsradikalismus sympathisiert. Rätselhaft bleibt auch, wer das Treffen finanzierte. Es ist kaum anzunehmen, daß der Unkostenbeitrag von DM 1,50 je Teilnehmer zur Deckung der Kosten ausreichte. Vielleicht war es kein Zufall, daß gerade "Der Fortschritt" im Braunschweiger Schützenhaus massenhaft angeboten wurde. Auch ließ die Bitte Ianns an "einsichtige Männer der Wirtschaft", bei der Realisierung eines Siedlungsprojekts für ehemalige Fallschirmjäger zu helfen, aufhorchen. Die Afrikakämpfer in Isorlohn hatten zur gleichen Stunde ihr "Sozialwerk" konstituiert. Anscheinend kommen von irgendeiner Seite starke Impulse, den Landser unter Überbetonung eines "Zusammenghörigkeitsgefühls" zu organisieren. Und es sieht nach den bisherigen Erfahrungen danach aus, als ob es sich um Zusammenschlüsse handelt, die sich keineswegs nur auf soziale Hilfsmaßnahmen beschränken wollten.

+ + +

Das Ostbüro der SPD meldet:

Wie wir erfahren, müssen auf Anweisung des sowjetzonalen Innenministers Steinhoff sämtliche Unterlagen für die "Volksbefragung" vom Juni 1951 kurzfristig vernichtet werden. Die Unterlagen sind in den vorhandenen Verpackungen versiegelt zu vernichten. Als Begründung wird in der vertraulichen Anweisung angegeben, daß das Ergebnis feststehe.

x x x

Der bisherige kommissarische Leiter der VAS in Sachsen, Stecker, wurde vor 14 Tagen wegen angeblicher Überschreitung von Planaufgaben innerhalb der VAS verhaftet. Stecker war zum Nachfolger des unter demselben Vorwand verhafteten VAS-Präsidenten ernannt worden.

x x x

Der vom Kreisparteitag der LDP in Dresden wiedergewählte LDP-Kreisvorsitzende Berger mußte jetzt von diesem Posten zurücktreten, weil die Zonenleitung der LDP diese Wahl nicht anerkannte. Sie sprach ihm außerdem das Recht zur Bekleidung höherer Ämter ab. Berger war bereits seit längerer Zeit kommunistischen Angriffen ausgesetzt. Nach seiner Amtsenthebung von den Parteiämtern wurde Berger auch aus der Leitung der KWU Dresden entfernt. Berger ist wegen seiner Gegnerschaft gegenüber Dieckmann und Thürmer in der LDP-Mitgliedschaft sehr bekannt und beliebt.

x x x

Verantwortlich: Peter Raunau (z.Zt. in Urlaub)